

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 30.04.2009 um 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat May (bis 20.10 Uhr, Ziffer 8)
Stadtrat M. Müller (bis 20.15 Uhr, Ziffer 9)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 9 B)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (ohne Ziffer 13)
Stadtrat Rank (bis 20.52 Uhr, Ziffer 11)
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Bürgermeisterin Regan
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp (bis 20.55 Uhr, Ziffer 12)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner (bis Ziffer 3)
Frau Noormann
Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 12)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Lorenz
Stadtrat E. Müller
Stadträtin Wallrapp
Herr Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller fragt nach, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gebe. Bürgermeisterin Regan stellt den Antrag, die Ziffer 12.2 „Antrag der CSU vom 01.03.2009 – Serviceversprechen zur Erteilung von Baugenehmigungen innerhalb von 14 Tagen“ von der Tagesordnung zu nehmen. Sie begründet den Antrag mit der angespannten Personalsituation im Bauamt und den umfangreichen Aufgaben beispielsweise im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II. Es wäre ein schlechtes Zeichen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn hiermit ein Serviceversprechen aufgestellt werde, was man womöglich nicht einhalten könne.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die CSU ihren Antrag zurücknehmen könne, die Verwaltung hierfür jedoch keinen Anlass sehe, nachdem das Serviceversprechen erst nach den angedachten Stellenneubesetzungen umgesetzt werden sollte.

Stadtrat Rank als Antragsteller zieht den Antrag nicht zurück und ist mit dem Vorgehen von Oberbürgermeister Müller einverstanden.

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass der Punkt 9 der Tagesordnung „Bauantrag der Fa. Müller Ltd. & Co. KG zur Sortimentserweiterung“ nicht behandelt werde, nachdem hierzu ein umfangreicher Schriftsatz eingegangen sei, weshalb diesbezüglich nochmals Gespräche stattfinden müssten. Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Neugestaltung der Mainpromenade, Bauabschnitt 2

Information im Finanzausschuss; Beschlussfassung im Stadtrat

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Ortstermin sowie auf den Antrag der UsW-Fraktion zur Sitzung am 23.04.2009, wonach die Muschelkalkbereiche insoweit reduziert werden sollten, so dass die Mehrkosten zum Alternativvorschlag 2 in Höhe von 47.250,00 € egalisiert werden können. Die Verwaltung spricht sich hinsichtlich der Mainfenster für die Verwendung von „via castello“ aus. Hinsichtlich der Verkehrsflächen sollte eine erneute Bemusterung stattfinden, nachdem der Stein „Cassetta“ auf der Fläche sehr eintönig wirkte. Hierzu wird Stadtrat Rank einen Vorschlag unterbreiten.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus und freut sich, dass der Antrag der UsW hinsichtlich der Reduzierung des Muschelkalks in den Randbereichen sowie unter der Alten Mainbrücke Zustimmung findet.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank geht kurz auf seinen Vorschlag für die Verkehrsflächen ein und spricht sich für eine nochmalige Bemusterung aus. Im Übrigen könne er dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich ebenfalls für den Verwaltungsvorschlag aus.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan schließt sich ihren Vorredner an.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof kann dem Vorschlag nicht zustimmen, nachdem sich kein Gesamtkonzept (u.a. fehlende Beleuchtung) erkennen lässt und darüber hinaus der Bürger nicht ausreichend überzeugt wurde. Außerdem gibt er zu Bedenken, dass in wenigen Jahren eine nochmalige Änderung in diesem Bereich nötig wird, nachdem sich die Entwicklung dort verändert haben könnte. Hinsichtlich der Kosten gibt er zu Bedenken, dass diese ohne Mehrwertsteuer gerechnet wurde und dies bei den Gesamtkosten noch hinzugerechnet werden müsste.

Aufgrund dieser Aussage entsteht eine Diskussion hinsichtlich der Kostenaufstellung und welche Preise in Netto (Einzelpreise für Steine) und welche Preise in Brutto (Gesamtkosten in Höhe von 380.000,00 €) ausgedrückt wurden.

Ein Mitarbeiter der Fa. arc.grün erklärt, dass die Angebotspreise in Netto dargelegt sind, die Gesamtkosten jedoch in Brutto.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass nach Aussage des Planers in der Sitzung des Finanzausschusses am 23.04.2009 die Gesamtkosten bei Brutto 380.000,00 € beziffert wurden und die Gesamtkosten somit mit der geplanten Variante eingehalten werden können.

Abschließend sagt Oberbürgermeister Müller zu, den Stadträten eine Aufstellung zukommen zu lassen, wonach alle Preise in Brutto dargestellt werden, nachdem der Haushaltsansatz in Höhe von 1,32 Mio. € ebenfalls in Brutto gerechnet sei.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt kann dem Vorschlag in heutiger Sitzung nicht zustimmen, auch aufgrund der Unübersichtlichkeit hinsichtlich der Kosten. Ihrer Auffassung nach sollte die Entscheidung erst nach der weiteren Bemusterung für die Verkehrsflächen und nach Feststehen aller Kosten erfolgen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus, jedoch unter der Maßgabe, dass die Gesamtkosten in Höhe von 1,32 Mio. € nicht überschritten werden.

C. Mit 22 : 5 Stimmen

1. Der Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, dass bei der Umgestaltung des Mainkais im Bereich der Geh- und Radflächen sowie an den Mainfenstern Betonpflaster bzw. Betonplatten verwendet werden. Die Entscheidung über den Stein trifft der Stadtrat nach nochmaliger Bemusterung von Alternativflächen in seiner Sitzung am 14.05.2009.
Darüber hinaus wird dem Antrag der UsW insoweit zugestimmt, dass der Muschelkalkbelag in den Randbereich von 3 Meter auf einen 2 bzw. 3 Zeiler reduziert

wird und unter der Alten Mainbrücke Muschelkalk keine Verwendung findet. Hier wird der gleiche Belag wie bei den Geh- und Radflächen verwendet.

3. Der Stadtrat beschließt die Planung, Entwurfsstand vom 09.04.2009, als Grundlage für die Neugestaltung der Mainpromenade.

2. Häckerchronik 2010; Eckdatenbeschluss

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und bittet um Zustimmung. Stadträtin Dr. Endres-Paul als Referentin für Kultur und Brauchtum spricht sich für die Erhöhung der Eintrittspreise um 2,00 € aus. Ebenfalls befürwortet sie sechs Aufführungen.

Stadtrat Haag als stellv. Tourismusreferent schließt sich Stadträtin Dr. Endres-Paul an und stimmt dem Beschlussentwurf zu.

B. **Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die „Häckerchronik“ wird im Jahr 2010 aufgeführt.
3. Für 6 Aufführungen werden folgende Mittel in den Haushalt 2010 eingestellt:

Einnahmen;	0.3310.1187:	15.000 € (Eintrittsgelder)
Ausgaben;	0.3310.6319:	40.000 €
	0.3310.6790:	15.000 € (I. V. Gärtnerei, Bauhof)

C. **Mit 25 : 3 Stimmen**

Die Eintrittspreise werden um 2,00 € nach oben angepasst.
Der Ermäßigungsbetrag wird auf 2,00 € festgesetzt.

3. Beiratsordnungen für den "Umweltbeirat" sowie den "Beirat für Kultur und Brauchtum"

A. **Mit 25 : 3 Stimmen**

Die Beiratsordnung für den Umweltbeirat wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

B. **Mit 23 : 5 Stimmen**

Die Beiratsordnung für den Beirat für Kultur und Brauchtum wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

4. Antrag des Evang. Luth. Pfarramtes Kitzingen-Friedenskirche auf Gewährung eines Zuschusses zum Ausbau einer Kinderkrippe und zur Sanierung des Kindergartens

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen erkennt für den Kindergarten Friedenskirche, Marienburgerstr. 1, die Bedarfsnotwendigkeit gemäß § 7 Abs. 2 BayKiBiG für 14 Krippenplätze ab Fertigstellung und Inbetriebnahme unbefristet an.

2. Dem Evang. Luth. Pfarramt Kitzingen-Friedenskirche wird zum Ausbau einer Kinderkrippe ein Zuschuss von $\frac{1}{2}$ aus den nicht geförderten Kosten sowie zur Sanierung des Kindergartens ein Zuschuss von $\frac{2}{3}$ der zuwendungsfähigen Kosten, insgesamt 68.700 €, gewährt.

5. Bildung von Haushaltsausgaberesten des Haushaltsjahres 2008 zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2009

Ohne Abstimmung

- I. Haushaltseinnahmereste
 Von den beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2008 noch nicht angeordneten Einnahmen des Vermögenshaushalts werden keine HER in das Haushaltsjahr 2009 übertragen.
- II. Haushaltsausgabereste
 Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2008 noch nicht verbrauchten Ausgabemittel des Vermögenshaushalts werden in Höhe der folgenden Beträge als Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2009 übertragen.

Alte Reste	1.848.054,52 €
Neue Reste	<u>7.040.259,02 €</u>
Haushaltsausgabereste insgesamt	<u>8.888.313,54 €</u>

6. Jahresrechnung 2008

Ohne Abstimmung

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2008 der Stadt Kitzingen wird gemäß Art. 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	45.316.039,21 €
Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>21.382.887,37 €</u>
	<u>66.698.926,58 €</u>
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt	45.316.039,21 €
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>21.382.887,37 €</u>
	<u>66.698.926,58 €</u>
Fehlbetrag/Überschuss	<u>0,00 €</u>

7. Städtebauförderung - Förderung von Privatmaßnahmen;
Sanierung des Anwesens Kapuzinerklosterbrückenstraße 5
Antragsteller: NGC GmbH & Christian Kolb, Erste Objektgesellschaft GbR

Mit 28 : 0 Stimmen

Aufgrund des nicht genehmigten Baubeginns wird kein Zuschuss gewährt.

8. Bebauungsplan Nr. 90 „Solarpark Steinhügel-Kalpertersbrunn, 2. BA“: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Mit 27 : 1 Stimmen

1. Der Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Abwägungsvorschläge zu den eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie der im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Schreiben werden gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlicher Prüfung, wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB zur öffentlichen Auslegung bestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung ist nach § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

9. weitere Fördermaßnahmen zum Verkauf von Wohnbaugrundstücken
Wegfall der Bebauungsverpflichtung

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion in der Sitzung des Finanzausschusses und auf die Alternativen im Beschlussentwurf (Wegfall der Bebauungsfrist in Gänze beim Kauf bis 31.12.2010 oder Bebauungsfrist auf 10 Jahre beim Kauf bis 31.12.2010). Hingegen der ursprünglichen Meinung, 20 % der Bauplätze im Baugebiet von der Baubauungsfrist zu befreien, gelte dies nun für alle Grundstücke. Durch die zeitliche Befristung bis zum 31.12.2010 erziele man den gleichen Effekt wie bei der prozentualen Aufteilung.

Stadtrat Rank als Antragsteller spricht sich für die Aufhebung der Bebauungsfrist aus und begründet dies mit der gegenwärtigen Finanzmarktsituation. Grundstücke seien dabei eine sichere Anlagenform.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Wegfall der Bebauungsfrist. Dabei wird vor allem geäußert, dass der vorliegende Beschluss den bisherigen Grundsätzen (Bebauungsfrist auf 2 Jahre) entgegensteht und die Gefahr bestehen könnte, dass sich Einzelne auf Kosten der Allgemeinheit bereichern könnten, weshalb eine Gewinnabschöpfungsklausel angesprochen wird. Darüber hinaus wird über die grundsätzliche Baulandsituation sowie über mögliche Versäumnisse in der Vergangenheit diskutiert. Manche Stadträte befürworten eine Reduzierung des Verkaufspreises.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Stadt die Bauplätze und die Erschließung mit großem finanziellem Aufwand vorfinanziert habe und hiermit die Möglichkeit bestehe, einen Teil wieder zu refinanzieren. Die aktuelle Situation mache dieses Vorgehen notwendig. Darüber hinaus stellt er dar, dass die Grundstückspreise der Stadt Kitzingen im Vergleich zu vergleichbaren Städten angemessen sei.

Stadtrat Müller stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 23 : 5 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. Mit 9 : 19 Stimmen

Für den Verkauf von Bauplätzen aus dem Eigentum der Stadt gilt:

Die Frist zur Bebauung eines Bauplatzgrundstückes entfällt ganz. Dies gilt für Kaufverträge, die bis zum 31.12.2010 abgeschlossen werden.

D. Mit 24 : 4 Stimmen

Für den Verkauf von Bauplätzen aus dem Eigentum der Stadt gilt:

Die Frist zur Bebauung eines Bauplatzgrundstückes wird verlängert auf 10 Jahre ab dem Zeitpunkt der notariellen Beurkundung des Kaufvertrages. Dies gilt für Kaufverträge, die bis zum 31.12.2010 abgeschlossen werden.

E. Mit 22 : 6 Stimmen

1. Für Bauplätze, die nach dieser Maßgabe verkauft werden, wird grundsätzlich kein Rabatt für Familien mit Kindern eingeräumt. Sofern der Bauwerber ein Wohngebäude innerhalb von 2 Jahren nach der notariellen Beurkundung errichtet, wird der Rabatt für Familien mit Kindern nachträglich gewährt, sobald eine Baubeginnsanzeige vorgelegt wird. Die Kosten für den hierdurch notwendigen Nachtrag zur Kaufurkunde (Kaufpreis-Änderung !) trägt der Erwerber.
2. Es werden die Bedingungen für die Einräumung eines Rabattes für Familien wie folgt konkretisiert:
 - In den Genuss kommen Familien, die innerhalb der Frist von 2 Jahren ab dem Zeitpunkt der Beurkundung des notariellen Kaufvertrages mindestens ein Kind unter 18 Jahren haben
 - Familien gleichgestellt sind eheähnliche Gemeinschaften gleich welchen Geschlechts und Alleinerziehende.
 - Voraussetzung für die Gewährung des Familienrabattes ist die mindestens 5-jährige Eigennutzung des zu errichtenden Wohngebäudes. Bei einem Verstoß gegen diese Regelung ist der Rabattbetrag an die Stadt nachzuzahlen. Der Rabattbetrag wird nicht durch eine Sicherungshypothek im Grundbuch gesichert.

10. Antrag der CSU: Stadtentwicklung auf den militärischen Flächen vom 01.03.2009

A. Mit 26 : 0 Stimmen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Antrag der CSU die „Veranstaltungshalle auf dem Larsongelände für die Stadt, Firmen und Vereine zu nutzen“ zu prüfen. Anschließend wird sie das Ergebnis und die weitere Vorgehensweise mit dem Stadtrat abstimmen.

B. Mit 20 : 5 Stimmen

Der Stadtrat lehnt den Antrag der CSU ab, den „Abriss der Wohngebäude auf den Marshall-Heights einzufordern, wenn Kitzingen nicht kurzfristig den Zuschlag für eine Behörde, Forschungs- oder Bildungseinrichtung erhält“.

11. Antrag der CSU vom 01.03.2009:

Serviceversprechen zur Erteilung von Baugenehmigungen innerhalb von 14 Tagen

- A. Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass das Serviceversprechen sinnvollerweise auf 15 Arbeitstage festgelegt werden sollte, nachdem unter Umständen durch Brückentage die Frist sehr schnell abgelaufen wäre. Darüber hinaus gilt das Versprechen sobald die Stellenneubesetzungen im Bauamt abgeschlossen seien. Vorausset-

zung für die 15 Tage sei außerdem, dass alle Unterlagen seitens der Antragsteller vorliegen.

Bürgermeisterin Regan spricht sich im Grunde für das Serviceversprechen und die Selbstverpflichtung der Verwaltung aus, jedoch könne sie dem Antrag aufgrund der gegenwärtigen personellen Situation zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

B. Mit 22 : 4 Stimmen

Anträge auf Baugenehmigung und Anträge auf Bauvorbescheid sind in der Regel innerhalb von 15 Arbeitstagen abschließend zu bearbeiten.

12. Antrag der SPD auf Durchführung einer „Konversionsmesse“ vom 20.03.2009 – Teil 1: Konzept Expo Real

Mit 25 : 1 Stimmen

1. Der Sachvortrag wird zu Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das bestehende Konzept zur Teilnahme an der Expo Real von 2008 fortzuführen und mithilfe der Projektgruppe zu ergänzen. Anschließend wird sie das Ergebnis dem Stadtrat vorstellen und die weitere Vorgehensweise mit ihm abstimmen.

13. Antrag der SPD auf Durchführung einer „Konversionsmesse“ vom 20.03.2009 – Teil 2 Konversionsmesse

Mit 24 : 1 Stimmen

1. Der Sachvortrag wird zu Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der SPD „auf Durchführung einer ‚Konversionsmesse‘“ zu prüfen. Anschließend wird sie die weitere Vorgehensweise mit dem Stadtrat abstimmen.

14. Staatsstraße St 2271 – Änderung des höhengleichen Knotens mit der Gemeindeverbindungsstraße der Stadt Kitzingen nach Albertshofen durch eine Lichtsignalanlage Abschluss einer Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern

Mit 23 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Vereinbarung vom 17.10.2008 und der ergänzenden Vereinbarung vom 14.01.2009 wird zugestimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, diese Vereinbarungen mit dem Freistaat Bayern, vertreten durch das Staatliche Bauamt Würzburg, abzuschließen.

15. Nordtangente BA I – Landschaftspflegerische Ausführungsplanung
Auftragsvergabe

Mit 22 : 2 Stimmen

1. Das Büro arc.grün, Kitzingen erhält als wenigstnehmender Bieter, auf der Grundlage des Angebotes vom 28.03.2008 in Höhe von 22.009,92 € incl. 19 % MWSt., den Auftrag für die Landschaftspflegerische Ausführungsplanung für das Bauvorhaben Nordtangente BA I.
2. Die notwendigen Mittel stehen unter der HHST 1.6309.9581 zur Verfügung.

16. Corporate Design – Bekanntgabe der Auftragsvergabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Erstellung eines Corporate Design für die Stadt Kitzingen vergeben wurde.

17. Bestätigung des Kommandanten und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr
Kitzingen-Hohenfeld

Mit 24 : 0 Stimmen

Dem in der Feuerwehrdienstversammlung am 14.03.2009 gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Kitzingen-Hohenfeld, Herrn Jürgen Dorsch, und dessen in der gleichen Sitzung gewählten Stellvertreters, Herrn Uwe Degan, wird hiermit die gemäß Art. 8 Abs. 4 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes notwendige Bestätigung erteilt.

18. Hinweis von Stadtrat Weiglein
Unmut über Ausweisung von Gewerbeflächen

Stadtrat Weiglein verweist auf einen Artikel in den örtlichen Printmedien hinsichtlich der Ausweisung von 50 ha bestem Ackerland als Gewerbefläche im Bereich des Mainfrankenparks durch den Regionalen Planungsverband. Seiner Auffassung nach widerspreche dies allen planungsrechtlichen Grundsätzen, nachdem in Kitzingen in kürzester Zeit mehrerer Flächen frei werden könnten. Er bitte nochmals auf den Planungsverband zuzugehen und vehement auf die Situation in Kitzingen hinzuweisen. Er fordert, dass sich die für Kitzingen Verantwortlichen im Planungsverband für die Region Kitzingen einsetzen sollten.

Oberbürgermeister Müller gibt Stadtrat Weiglein insoweit Recht und sagt zu, entsprechend auf den Planungsverband zuzugehen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.